K10

Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	16.10.2020
Tagesordnungspunkt:	TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

Kapitel 10: Kinder, Jugend und Familie

Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

Kinder und Jugendliche sollen in Baden-Württemberg gesund aufwachsen und eine faire Chance auf ein gutes Leben haben. Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen, Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen und sie vor Gewalt schützen – dafür kämpfen wir. Wir unterstützen Familien in ihrer ganzen Vielfalt.

Um junge Eltern und ihre neugeborenen Babys bestmöglich zu begleiten, haben wir in Baden-Württemberg das Landesprogramm STÄRKE neu aufgestellt. Auch mit anderen Elternbildungsangeboten und frühen Hilfen setzen wir neue Impulse für die Familienbildung in den Kommunen und Landkreisen. Unser Ziel ist es, sie dabei niedrigschwellig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alle Eltern zur Eigenverantwortung zu befähigen. Dafür haben wir als grün-geführte Landesregierung die Entwicklung einer „Rahmenkonzeption Familienbildung BW“ gefördert. Jetzt geht es uns darum, diese Schritt für Schritt umzusetzen.

Vielen Familie in Baden-Württemberg geht es materiell gut. Und doch lebt fast jedes fünfte Kind in Armut. Besonders betroffen sind Kinder in Familien mit Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in kinderreichen Familien. Das nehmen wir Grüne nicht hin! Auf Bundesebene streiten wir deswegen für eine wirksame Kindergrundsicherung, um Kinderarmut zu verhindern. Wir setzen uns außerdem dafür ein, Care-Tätigkeiten aufzuwerten und sie angemessen zu bezahlen. Wer eine Erwerbstätigkeit für Erziehungszeiten unterbricht, soll sozial besser abgesichert sein. Wir machen uns stark für ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie gute und verlässliche Betreuungsangebote.

Und auch in der Regierungsverantwortung im Land haben wir einiges angestoßen. Unser Ziel: Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen!

Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 haben wir die Grundlage gelegt, damit endlich anerkannt wird: Soziale Ausgrenzung, Armut und besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung! Um Kinderarmut zu bekämpfen und gleiche Startchancen zu schaffen, haben wir den Ideenwettbewerb „Starke Kinder – chancenreich“ ins Leben gerufen. Wir fördern kommunale und regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. Weil diese Konzepte sich bewährt haben, wollen wir sie im ganzen Land etablieren.

Uns ist es ein zentrales Anliegen, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen. Dazu haben wir mit zahlreichen Initiativen wichtige

Grundlagen gelegt und die Schutzmechanismen verbessert. Wir haben zudem die Mittel für Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie ambulante Hilfseinrichtungen deutlich erhöht. Gleiches gilt für Gewaltambulanzen. Hier können Opfer die Spuren nach einem Gewaltverbrechen gerichtsfest sichern lassen, auch wenn sie noch nicht entschieden haben, ob sie Anzeige erstatten wollen.

Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken und ihnen mehr Gehör verschaffen. Dazu bauen wir ein landesweites unabhängiges Ombudssystem auf. Es unterstützt sie dabei, ihre Interessen in der Kinder- und Jugendhilfe zu vertreten. Dieses Ombudssystem ist in der Jugendhilfe auch eine wichtige Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder.

Demokratie erlernt am besten, wer sie real erlebt: Mit dem Masterplan Jugend und dem Landesjugendplan stärken wir die Strukturen der offenen Jugendarbeit, die von den unterschiedlichsten Vereinen und Einrichtungen getragen wird. Der Masterplan orientiert sich an der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Er setzt insbesondere darauf, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, Demokratie zu fördern und sozial benachteiligte junge Menschen gezielt zu unterstützen. Damit bringen wir auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen voran. Die landesweite „Servicestelle Partizipation“ unterstützt seit 2018 systematisch die Teilhabe von Jugendlichen.

In vielen Initiativen und Formaten vor Ort können junge Menschen Beteiligung erleben. Dazu gehören etwa die Jugendgemeinderäte und Regionalkonferenzen sowie auf Landesebene der Jugendlandtag und der Kindergipfel im Landtag.

Gerade jetzt: Familien fördern und entlasten

Familien stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Zeit auf, die durch existenzielle Zukunftsängste geprägt ist. Fridays for Future haben diese Ängste auf die Straße getragen. Sie fordern grundlegende Veränderungen ein, um die Klimakrise aufzuhalten. Gleichzeitig leben wir in einer Zeit des rasanten digitalen Wandels. Digitale Kommunikation und Vernetzung sind nicht nur für Kinder und Jugendliche heute selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, ihnen eine umfassende Medienkompetenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit Instagram, TikTok und Co. zu vermitteln. Das macht sie stark, um nicht auf Fake News und Verschwörungstheorien hereinzufallen.

Neue Formen der Kommunikation schaffen neue Möglichkeiten, miteinander in Kontakt zu kommen und zu bleiben. Darin stecken auch neue Chancen für den familiären Zusammenhalt. Getrennt lebende Familien können sich nah sein und täglich austauschen, auch wenn Hunderte Kilometer zwischen ihnen liegen. Doch ein Mehr an Kommunikation und Vernetzung heißt nicht automatisch, dass die Bindungen vertieft und der Zusammenhalt gestärkt werden. Vielen Eltern bereitet der ständige Medienkonsum ihrer Kinder Sorgen.

Familie in den 2020er Jahren heißt, ganz unterschiedliche Rollen und Erwartungen zusammenzubringen. Nicht nur innerhalb der Familie, auch in der Arbeit und im Ehrenamt. Genug Zeit für die Kinder zu haben, den Anforderungen im Job gerecht

zu werden, den Haushalt in Schuss zu halten und Freunde nicht zu vernachlässigen: An allen Ecken und Enden gibt es viel zu tun.

Die Corona-Krise hat diese Herausforderungen noch einmal verschärft. In den vergangenen Monaten haben Familien mit Kindern eine riesige Last geschultert. Home-Office und Home-Schooling haben viele Familien stark belastet, der Medienkonsum ist deutlich angestiegen. In manchen Familien fühlten sich Frauen in traditionelle Rollenbilder zurückgeworfen. Alleinerziehende hat die Corona-Krise besonders hart getroffen.

Die Krise hat nochmals deutlich gemacht: Auch in Baden-Württemberg sind Kinder ein Armutsrisiko. Das darf nicht sein! Deswegen ist es uns wichtig, gerade jetzt Familien mit Kindern zu unterstützen. Als Land ermöglichen wir es den Kommunen, auch in einer wirtschaftlich schwierigen Lage mit rückgehenden Steuereinnahmen ihre Freiwilligkeitsleistungen für Kinder und Familien aufrecht zu erhalten.

Wir stärken Familien – in all ihrer Vielfalt

Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und ihres Glücks. Familie heißt: Menschen übernehmen dauerhaft füreinander Verantwortung, kümmern sich umeinander und sind füreinander da. Das unterstützen wir in aller Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner*in, mehr- oder gleichgeschlechtlich, mit und ohne Migrationshintergrund, im Rahmen einer biologischen Elternschaft oder als Pflege- und Adoptivfamilie, als Patchwork oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Familien können sich auf uns verlassen. Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Damit sie gut leben können, brauchen sie ein Umfeld, das sie unterstützt. Dazu gehört besonders eine gute soziale Infrastruktur für Bildung, Gesundheit und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen.

Wir geben allen Familien die Unterstützung, die sie brauchen. Das heißt zum Beispiel: Auch für Kinder mit Behinderungen muss es verlässliche und inklusive Betreuungsangebote geben. Das bedeutet auch, dass wir das Problem Kinderarmut zielgenau und überall im Land angehen. Wir werden ein Präventionsnetz gegen Armut und Bildungsbenachteiligung bis weit ins Jugendalter schaffen.

Wir wollen Familien in die Lage versetzen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Kinder und Jugendliche sollen in einem Umfeld aufwachsen, in dem demokratische Werte selbstverständlich sind. Sie sollen erleben, dass jeder Mensch etwas beitragen kann.

Prävention, Elternbildung und Beratung weiter fördern

Wer beteiligt wird, lernt, soziale Verantwortung zu übernehmen. Soziale Arbeit hat hier eine wichtige Unterstützungsfunktion: Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas sind wichtige Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche. Auch die Verzahnung von Jugendhilfe und Bildungsangeboten eröffnet Freiräume und Ideen, wie ein gutes Leben gestaltet sein kann. Soziale Arbeit beugt damit sozialer Ausgrenzung sowie Gewalt und Kriminalität vor. Die Jugendsozialarbeit leistet eine wichtige Präventions- und Unterstützungsarbeit. Wir wollen sie deshalb

bedarfsgerecht ausbauen. Dafür schaffen wir die Rahmenbedingungen in den Sozialräumen und die notwendigen rechtlichen Grundlagen.

Kinder, Jugendliche und Familien brauchen offene und öffentliche Räume, die zu ihren Bedürfnissen passen. Das sind zum Beispiel niedrigschwellige Angebote wie Stadtteil- und Familienzentren. Wir wollen eine Koordinationsstelle auf Landesebene schaffen, um die Kommunen flächendeckend mit solchen Zentren zu versorgen. Die Koordinationsstelle soll die Städte, Gemeinden und Träger dabei beraten und begleiten, Konzepte zu erstellen und Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.

In der grün-geführten Landesregierung haben wir vielfältige Maßnahmen für ein kinderfreundliches Baden-Württemberg angestoßen. Diese Vorhaben entfalten ihre Wirkung. Wir wollen sie konsequent fortführen. Damit jedes Kind gesund und sicher aufwächst. Damit Familien stark bleiben. Damit Kinder und Jugendliche von klein auf beteiligt werden.

Elternbildung und -beratung als Präventionsaufgabe setzen wir gemeinsam mit den Kreisen und Kommunen weiter konsequent um. Wir fördern Familienzentren für eine niederschwellige Beratung. Wir setzen uns nachdrücklich dafür, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen!

Kein Kind soll in Armut aufwachsen! Deshalb wollen wir die regional erprobten Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Regionen des Landes etablieren. Im Bund setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll allen Kindern faire Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch damit wollen wir Kinderarmut wirksam verhindern und gleichzeitig alle Familien unterstützen. Besonders den Müttern und Vätern, die jeden Tag zu kämpfen haben, soll die Kindergrundsicherung ein deutliches Plus im Portemonnaie bescheren.

Kinderschutz stärken – Gewalt konsequent bekämpfen

Besonders beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – bleibt noch viel zu tun. Wir wollen dafür einheitliche fachliche und personelle Standards in der Jugendhilfe durchsetzen. Unser Ziel ist es, flächendeckend eine unabhängige Fachberatung gegen jegliche Form von Gewalt gegen Kinder einzurichten. Bereits jetzt finanzieren wir eine landesweite Dachstruktur, die Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt verbindet. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen sollen mit diesen Partner*innen landesweit verlässliche Netzwerke für den Kinderschutz entstehen – von den Bildungseinrichtungen über freie Träger bis zu den Jugendämtern. Für einen „Masterplan Kinderschutz“ wollen wir eine Vereinbarung mit den Kommunen treffen und auf Landesebene die Funktion einer*eines Beauftragten gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder schaffen. In der Familiengerichtsbarkeit wollen wir Fortbildungen verbindlich machen und angemessen mit Personal ausstatten. Die Strafverfolgung von Gewalt wollen wir personell und fachlich stärken. Die Beweissicherung durch Opferschutzambulanzen wollen wir nach dem Vorbild der Gewaltambulanz Heidelberg landesweit ermöglichen. Um Mädchen in Baden-Württemberg vor weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) zu schützen, starten wir

eine Präventionskampagne. Ziel ist es, Opfer und Täter über die Mythen rund um weibliche Genitalverstümmelung aufzuklären. Auch im Sexualkundeunterricht und Medizinstudium sollte dieses Thema einen Platz finden.

Kinder und Jugendliche, die in Trennungssituationen leben, brauchen Mitbestimmung und Beratung – unabhängig von den Eltern. Dazu gehört das Recht auf einen eigenen Verfahrensbeistand in Familiengerichtsverfahren.

Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – für mehr Beteiligung vor Ort

Wir wollen diese Formate in den Kommunen bekannter machen und mit den Beteiligungskonzepten der Schulen verknüpfen. Dazu wollen wir ein Modellprojekt bei der Landeszentrale für politische Bildung auflegen, das sich an Landesschüler*innenbeiräte, Vertreter*innen von Jugendforen, Jugendgemeinderäte und andere freie Jugendgruppen richtet. Die Jugendlichen selbst sollen die Ausschreibung, die Auswahl und die Begleitung der Projektanträge gestalten. Die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule wollen wir stärken.

Wir haben erreicht, dass Kinder und Jugendliche sich in den Kommunen deutlich mehr einmischen, etwa in Jugendgemeinderäten oder Jugendforen. Das wollen wir weiter ausbauen. Das Wahlalter möchten wir auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken.

Das Freiwillige Soziale Jahr bzw. das Freiwillige Ökologische Jahr bieten heute schon vielen Jugendlichen die Chance, sich zu engagieren und sich persönlich weiterzuentwickeln. Wir haben die Landesmittel dafür kontinuierlich erhöht und stehen für den weiteren Ausbau.

Medienkompetenz stärken, Mobilität familiengerecht gestalten

Auch im Familienleben ist es wichtig, bewusst, reflektiert und kompetent mit digitalen Technologien umgehen zu können. Um das zu lernen, braucht es Medienangebote in der Schule genauso wie die Unterstützung der Eltern. Kinder und Jugendlichen müssen im geschützten Rahmen Erfahrungen sammeln und ausprobieren können. Zudem brauchen wir verbindliche Maßnahmen für einen funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz und Bewusstsein für eine Medienethik.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen familiengerechte Mobilitätskonzepte erstellen und umsetzen. Gerade in einer Welt, in der sich der Alltag zunehmend an vielen verschiedenen Orten abspielt, ist Mobilität von großer Relevanz. Das betrifft Familien im Alltag in besonderer Weise – ob nun morgens auf dem Weg zu Kita und Schule oder zum Fußballtraining und Klavierunterricht am Nachmittag. Wir setzen uns dafür ein, dass Wege in Städten und Kommunen auch für Familien ohne Auto gut zu bewältigen sind. Eine Verkehrsplanung, die an Familienfreundlichkeit ausgerichtet ist, erhöht die Verkehrssicherheit und stärkt den Erhalt der Nahversorgung.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- Baden-Württemberg als starkes Land für Kinder, Jugendliche und Familien in all ihrer Vielfalt
- Prävention und Schutz vor Kinderarmut und Schutz der Kinder vor jeglicher Form von Gewalt
- den Ausbau der gelebten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- mehr Medienbildung und die Stärkung des Jugendmedienschutzes
- eine Verkehrs- und Bauplanung, die an den Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien ausgerichtet ist